



Foto: picture alliance

# NACH VORN!

GRÜNE FRAUENPOLITIK IM BUNDESTAG

UNS GEHT'S UMS GANZE



[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

# GLEICHBERECHTIGT



Frauen und Männer sind gleichberechtigt. So steht es in unserer Verfassung und so entspricht es in vielen Bereichen der Realität. Dass Frauen heute gut ausgebildet sind, eigenes Geld verdienen, Diskriminierung gesetzlich verboten ist, haben die Frauen in diesem Land gemeinsam erreicht. Diese Errungenschaften wollen wir verteidigen.

# SELBSTBESTIMMT

Doch nicht überall ist der Verfassungsgrundsatz vollständig eingelöst. Frauen verdienen immer noch deutlich weniger als Männer, sie fehlen in Führungspositionen, stecken in der Teilzeitfalle fest, sind Gewalt ausgesetzt. Es muss mehr passieren, denn unser Land kann mehr. Wir können Mädchen und Jungen die gleichen Chancen eröffnen. Wir können mit überkommenen Rollenbildern brechen, Mathematikerinnen ausbilden und Kindergärtner. Wir können Sexismus und Gewalt unmissverständlich ächten. Wir können jungen Frauen und Männern eine Perspektive auf eine emanzipierte und gerechte Gesellschaft geben. Dafür steht die feministische Politik der grünen Bundestagsfraktion.

# PARTNERSCHAFTLICH

In vielen Bereichen haben wir schon gesetzliche Regelungen erreicht, die Hürden abbauen und Gleichberechtigung fördern. Sie schaffen mehr Wahlmöglichkeiten, schützen Schwächere und ermöglichen Hilfen. Die grüne Bundestagsfraktion hat sich über Jahre mit Nachdruck für zentrale Forderungen eingesetzt: für die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, die Quote für Aufsichtsräte, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für ein lückenloses Sexualstrafrecht. Für diese Ziele stehen wir weiter ein. Bestrebungen vom rechten Rand, hier die Uhr zurückzudrehen, werden wir uns mit aller Kraft entgegenstellen.

Gleichberechtigt, selbstbestimmt und partnerschaftlich – diesem Leitbild folgt unsere Frauenpolitik im Bundestag. Frauen sollen auf eigenen Füßen stehen und wirtschaftlich unabhängig sein können. In der Debatte um Zuwanderung und Integration kommt die Rolle der Frauen oft zu kurz. Wir wollen sie stärker ins Blickfeld rücken.



**FRAUEN SOLLEN AUF EIGENEN  
FÜSSEN STEHEN UND WIRTSCHAFTLICH  
UNABHÄNGIG SEIN KÖNNEN.**

Foto: Paul Langrock/Zenit/laif

## MIGRATION: AUF FRAUEN KOMMT ES AN

Jede fünfte EinwohnerIn Deutschlands hat eine Migrationsgeschichte. Kinder mit Erfahrungen aus anderen Kulturkreisen sind an vielen Schulen in der Mehrheit. Auch wenn das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft herausfordernd ist – sich zu öffnen hat Deutschland gutgetan. Die verbindende Klammer unseres Zusammenlebens ist das Grundgesetz, das gemeinsame Regeln für die vielfältige Gesellschaft formuliert. Die Achtung der Menschenwürde und der persönlichen Freiheit des Anderen, die Gleichstellung von Frauen und Männern und der Schutz von Minderheiten, Meinungs-, Religions- und Demonstrationsfreiheit sind Basis unserer Demokratie. Sie gelten für jede und jeden gleichermaßen, ohne Einschränkung oder Rabatt, unabhängig von Religion, Herkunft oder Kultur.

Eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe ist und bleibt die Integration von Zugewanderten und Geflüchteten. Obwohl Frauen auch bei der Integration von Familien eine wichtige Rolle zukommt, werden sie zu oft übersehen. Ihre Bedürfnisse und Anliegen müssen stärker berücksichtigt werden.

## FINANZIELL AUF EIGENEN FÜSSEN STEHEN

Grüne Politik will Frauen und Männern eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen. Wesentlich dafür ist eine Erwerbstätigkeit, von der sich auch mit Kindern leben lässt – egal ob mit PartnerIn oder ohne. Dafür sind eine Erwerbstätigkeit mit kurzen Unterbrechungen, mindestens vollzeitnaher Teilzeit und ein auskömmlicher Lohn erforderlich. Hier hat sich in den letzten Jahrzehnten viel in Deutschland getan, auch dank gesetzlicher Regelungen und öffentlicher Debatten. Dennoch bleibt noch einiges zu tun, gibt es weiterhin Benachteiligungen. Das trifft vor allem Mütter. Meist tragen sie die Hauptlast der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie reduzieren ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie, tragen dann auch das volle Risiko. Scheitert die Ehe, wird der Partner erwerbslos oder krank, ist die Absicherung gering und die Gefahr von Abhängigkeit oder Altersarmut hoch.

Grüne Frauenpolitik unterstützt Frauen darin, auch wirtschaftlich unabhängig sein zu können.

A woman with blonde hair, wearing a tan blazer over a light blue shirt, is sitting at a desk in an office. She is looking directly at the camera with a serious expression. The desk has a computer monitor, a mouse, and some papers. The background shows office shelves and a window.

FRAU SEIN IST TEUER!  
SO VIEL VERDIENT FRAU IM SCHNITT WENIGER:

**21 PROZENT**

## DAMIT ARBEIT BESSER INS LEBEN PASST

Unverhofft kommt oft, das Leben lässt sich nicht immer planen. Was tun, wenn die pflegebedürftige Mutter oder das kranke Kind viel Zuwendung und Zeit verlangen? Für Wechselfälle des Lebens wollen wir Lösungen anbieten, die das Verhältnis zwischen Arbeit und Leben neu balancieren. Die Arbeitszeit muss flexibler werden. Die grüne Bundestagsfraktion hat dafür Konzepte vorgelegt. Diese anerkennen und unterstützen, wenn jemand Verantwortung für andere übernimmt, und sie helfen, alles unter einen Hut zu bekommen. Für Kinderbetreuung, Pflege, Weiterbildung beispielsweise soll es möglich sein, finanziell abgesichert die Arbeitszeit zu reduzieren. Mit der „flexiblen Vollzeit“ sollen Beschäftigte ihre Arbeitszeit um bis zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen können. Auch das Rückkehrrecht auf Vollzeit muss endlich kommen und das Arbeiten im Home Office als Ergänzung zum Arbeitsplatz soll selbstverständlicher werden. Das würde es auch Männern erleichtern, ihre Arbeitszeit bei Bedarf zu verringern.

## GLEICHER LOHN FÜR GLEICHWERTIGE ARBEIT

Das ist nicht gerecht: Frauen verdienen in Deutschland deutlich weniger als Männer. Der Unterschied bei den Bruttolöhnen, die sogenannte Entgeltlücke (Gender Pay Gap), liegt bei 21 Prozent. Verschiedene Faktoren kommen hier zusammen: Traditionelle Frauenberufe werden oft schlechter bezahlt, zum Beispiel im Sozialbereich. Familie und Beruf zu vereinbaren ist immer noch weitgehend Frauensache, deshalb arbeiten Mütter oft Teilzeit und bekommen seltener die Chance auf eine Führungsposition. Auch für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen Frauen weniger Gehalt. Das wollen wir ändern, und zwar mit einem Entgeltgesetz, das auch für kleine Betriebe gilt. Es soll ermöglichen, Tarifverträge und Vereinbarungen auf Diskriminierung zu überprüfen und Schlechterbezahlungen mit Hilfe eines Lohnchecks aufzudecken. Vor allem ist ein wirksames Verbandsklagerecht notwendig. Statt Frauen weiterhin auf den schwierigen individuellen Klageweg zu verweisen, können dann Verbände stellvertretend für einzelne Beschäftigte klagen.





Foto: Leiss//aif

# MINIJOBS? VERLOCKENDE SACKGASSE!

Minijobs sind für viele Frauen ein willkommenes Zubrot zum Familieneinkommen. Ohne Steuer- oder Sozialversicherungsabzüge scheinen sie vor allem für mitversicherte Ehefrauen attraktiv. Nach wie vor spielt diese Arbeitsform eine große Rolle am Arbeitsmarkt. Manche Unternehmen und Branchen setzen gezielt auf diese geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Doch es gibt auch eine Kehrseite: Dequalifizierung, Schwarzarbeit, Altersarmut. Minijobs wirken nur selten als Brücke in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Daran hat die Einführung des Mindestlohnes wenig geändert. Für die Frauen bilden sie daher oft eine Sackgasse. Wir wollen Minijobs in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln und dafür sorgen, dass die Belastung mit Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigt.



## UMSTEUERN FÜR MEHR GERECHTIGKEIT

Familie hat heute verschiedene Gesichter. Doch ihre ungleiche steuerliche Behandlung zeugt von rückständigem Denken und setzt falsche Anreize. Wir wollen Frauen und Männer in ihrem Wunsch unterstützen, sich die Sorge für ihre Kinder und eine Erwerbstätigkeit partnerschaftlich zu teilen. Das Ehegattensplitting dagegen setzt – zusammen mit den Minijobs – Anreize für keine oder nur geringfügige Beschäftigung oder kleine Teilzeit. Denn dann ziehen verheiratete Paare und eingetragene Lebenspartnerschaften den maximalen Gewinn aus diesen Regelungen. Damit erweist sich dieses Modell als Hürde für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen und birgt erhebliche Armutsrisiken. Daher wollen wir für neu geschlossene Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften eine individuelle Besteuerung einführen. Das Ehegattensplitting wollen wir durch eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern, gerade auch von Alleinerziehenden, ersetzen.



## MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Führungsgremien sind in Deutschland weitgehend Männerrunden. Die 200 umsatzstärksten Unternehmen haben in ihren Vorständen nur einen Frauenanteil von gut sechs Prozent. In den Aufsichtsräten sieht es etwas besser aus, dort lag der Frauenanteil zuletzt bei fast 20 Prozent. Nicht ganz so verheerend ist die Bilanz bei den DAX-30-Unternehmen, dort liegt der Frauenanteil in Vorständen bei knapp zehn Prozent, in Aufsichtsräten bei fast 27 Prozent. Hier greift die Quote – aber auch nur auf dem gesetzlich festgelegten, sehr niedrigen Niveau: Sie gilt nur bei Neubesetzungen, nur für 108 Unternehmen in ganz Deutschland und nur in einer Höhe von 30 Prozent. Wir wollen das Erreichte weiterentwickeln und deutlich ausbauen. „Die Hälfte der Macht den Frauen“, diesem Ziel wollen wir deutlich näherkommen. Deshalb fordern wir eine 40-Prozent-Quote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen.

## GEWALT ÄCHTEN: NEIN HEISST NEIN

Gewalt gegen Frauen ist ein immer noch unterschätztes Problem in unserer Gesellschaft. Viel zu oft ist das eigene Zuhause ein gefährlicher Ort für Frauen. Die meisten Übergriffe geschehen durch Ehemänner, Freunde, Verwandte. Inzwischen unterstützt das Gewaltschutzgesetz die Opfer und das bundesweite Hilfefon ist eine wichtige Anlaufstelle. Doch Frauenhäuser und –beratungsstellen, wie auch die Notrufe, sind chronisch unterfinanziert. Bund und Länder schieben sich gegenseitig die Verantwortung dafür zu. Wir fordern eine solide Finanzierung von Einrichtungen, die Frauen Schutz und Hilfe bieten.

Die Reform des Sexualstrafrechts war 2016 ein Meilenstein im Kampf gegen sexualisierte Gewalt und für die sexuelle Selbstbestimmung. Eklatante Strafbarkeitslücken wurden geschlossen. Sexuelle Handlungen sind jetzt strafbar, wenn sie gegen den erkennbaren Willen einer Person ausgeführt werden. Übergriffe gegen Frauen mit Behinderungen unterliegen demselben Strafmaß. Auch sexuelle Belästigung wie Grabschen ist jetzt erfasst.

**NEIN**

**HEISST**

**NEIN!**



**NOCH FRAGEN?**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
Ulle Schauws MdB, Sprecherin für Frauenpolitik  
Arbeitskreis 5: Wissen, Generationen & Gesundheit  
TEL 030/227 74131, FAX 030/227 76131, info@gruene-bundestag.de

**ZUM WEITERLESEN:**

- » gruene-bundestag.de » Themen » Frauen
- » Zeit für Mehr: Damit Arbeit gut ins Leben passt  
(Fraktionsbeschluss 15.03.2016)

**BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:**

- 18/12794 Rückkehrrecht auf Vollzeit einführen
- 18/11413 Für eine wirksame Frauen- und  
Gleichstellungspolitik in Deutschland
- 18/11412 Geschlechterforschung stärken,  
Gleichstellung in der Wissenschaft herstellen
- 18/7651 Integration ist gelebte Demokratie (Antrag)
- 18/6550 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Antrag)
- 18/5384 Schutz vor sexueller Misshandlung (Gesetzentwurf)
- 18/1878 Geschlechtergerechte Besetzung von Aufsichtsräten,  
Gremien und Führungsebenen (Gesetzentwurf)

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.*

**IMPRESSUM:**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Gestaltung & Titel: St Kaminski, Stand: Juni 2017  
2. akt. Auflage, Schutzgebühr: 0,05 €

